

Was bringt die Große Koalition?

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 charakterisierte der politische Kommentator der „Süddeutschen Zeitung“, Heribert Prantl, den anstehenden Wahlkampf als Inszenierung eines Lagerwahlkampfes, obwohl es „politische Blöcke mit scharf getrennter Programmatik“ nicht mehr gebe. Prantl konstatierte: „Die fundamentalen Unterschiede zwischen den Parteien (die Linke ausgenommen) sind verschwunden oder gemindert.“¹ Das ist zweifellos richtig. Die innere Logik des Wahlkampfes erfordert jedoch die Herausstellung scheinbar „fundamentaler“ Unterschiede, um die Parteien für potentielle Wähler attraktiv zu machen. Zudem sind die Parteien ihrer Herkunft und Tradition nach in unterschiedlichen sozialen Milieus verankert und artikulieren bei aller Übereinstimmung in entscheidenden Grundsatzfragen durchaus die Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen. Dies drückt sich in ihrer sozial-politischen Orientierung und ihren Wahlversprechen aus. Entsprechende Kontroversen bei der Wahl 2013 zeigten sich u.a. beim Mindestlohn, in der Rentenfrage, hinsichtlich Flexibilisierung der Arbeit, bezüglich der Besteuerung von Vermögen und höheren Einkommen. Die Abgrenzung zwischen den „Lagern“ war zweifellos fließend, was sich auch darin zeigt, dass nach der Wahl die im Wahlkampf rivalisierenden Partei-Gruppierungen CDU/CSU und SPD/Grüne umstandslos in Kooperationsbeziehungen eintreten konnten. Insofern kann von Block-Bildung im klassischen Sinne nicht die Rede sein. Dennoch drücken sich in der Gruppierung der Parteien unterschiedliche Orientierungen aus, deren Zurkenntnisnahme für das Verständnis des Wahlverhaltens und der politischen Konstellation nach den Wahlen von Belang ist.

Zu den Eigentümlichkeiten der parlamentarischen Demokratie, wie wir sie in der Bundesrepublik haben², gehört der Umstand, dass nicht nur die Parteien in ihrer Willensbildung und Programmformulierung über die verschiedensten Mechanismen ständigem Druck der wirtschaftlich herrschenden Klasse unterliegen, sondern auch die Wählerentscheidungen in hohem Maße durch die ideologischen (Staats)Apparate – insbesondere die de facto unter staatlicher (öffentlich-rechtlicher) bzw. privater Kontrolle stehenden Medien – beeinflusst und geformt werden, und dass die ergangenen Wählerstimmen durch die Mechanismen

¹ Heribert Prantl, Warum Wähler und Parteien im Lagerdenken verharren, in: Süddeutsche Zeitung v. 22. 1. 2013. Lafontaine nannte dies später „Einparteiensystem mit vier Flügeln“. Oskar Lafontaine, Lagerwahlkampf, in: junge Welt v. 21. 3. 2013.

² Die auf allgemeinem Wahlrecht beruhende parlamentarische Demokratie hat sich als heutige Herrschaftsform der bürgerlichen Gesellschaft erst vor wenigen Jahrzehnten – zu Beginn des 20. Jahrhunderts – unter dem Druck der sozialistischen Arbeiterbewegung durchgesetzt – eine „Reform“ des Herrschaftssystems, die in Vergangenheit und Gegenwart äußerst fragil war und geblieben ist. Vgl. z.B. Johannes Agnoli/Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, West-Berlin 1967; Gert Schäfer/Carl Nedelmann, Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967; Frank Deppe, Autoritärer Kapitalismus, Hamburg 2013.

des Parteienstaates – Wahlrecht, System der repräsentativen Demokratie, Verfasstheit der Parteien³ usw. – in bestimmte Richtungen kanalisiert werden können. All dies war vor und nach den Bundestagswahlen 2013 gut zu studieren.⁴

Wir betrachten im Folgenden 1.) Wahlergebnisse und Trends der politischen Verankerung der Parteien; 2.) die im Koalitionsvertrag zum Ausdruck kommende Orientierung der Großen Koalition und Reaktionen auf die Krise 2007-2013 sowie 3.) Fragen, die für die Opposition (Gewerkschaften, politische Linke) von Belang sein könnten.

1. Wahlergebnisse und Verankerung der Parteien

Die Zweitstimmen-Ergebnisse der BT-Wahlen (Tab. 1, amtliche Endergebnisse) zeigen als übergreifenden Trend 2005 – 2013 einen Anstieg der CDU/CSU und Abstieg der SPD bei Stagnation von Linken, Grünen und FDP/AfD. Von 2009 auf 2013 ist der Anstieg der CDU/CSU noch ausgeprägter, die SPD legt gegenüber dem schweren Einbruch 2009 nur leicht zu, die Linke, die 2009 vom Einbruch der SPD profitieren konnte, fällt auf das Ausgangsniveau zurück.

Fasst man die politischen „Hauptblöcke“ zusammen – auf der einen Seite der „wirtschaftsliberale Eigentumsblock“ (CDU/CSU, FDP, AfD) und auf der anderen Seite SPD, Grüne, Piraten und Linke mit stärkerer Neigung zu regulatorischen Eingriffen, so nimmt der Anteil des „Eigentumsblocks“ zwischen 2005 und 2013 von 45 über 48,4 auf 51 Prozent der Zweitstimmen zu, während SPD, Grüne, Piraten und Linke zusammen von 51 über 47,6 auf 44,9 Prozent abnehmen. Das Verhältnis der beiden Richtungen hat sich von 2005 (45 zu 51 Prozent) bis 2013 gerade umgekehrt. Der Anteil der sonstigen Parteien ist gleich geblieben (um die 4 Prozent).

3 Auf Charakter und Funktion der großen Parteien, die in ihren Spitzen und Apparaten de facto Teile des Staatsapparates darstellen, kann hier nicht eingegangen werden. Die „Homogenisierung“ ihrer politischen Positionen und Programme, die Prantl konstatiert, erfolgt gerade auf dieser Ebene des politischen Systems.

4 Dies gilt insbesondere für die Mechanismen, mit denen die „asymmetrische“ Situation – „Lagerbildung“ in den Wahlaussagen und in den Erwartungen der Wähler, weitgehende Übereinstimmung und „Kompromissoffenheit“ der Parteien – nach den Wahlen aufgelöst wurde. In der Mindestlohnfrage läuft dies über die „Ausnahmeregelungen“, mit denen nach Berechnungen des WSI etwa zwei 2 der 5,55 Millionen Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro aus der Mindestlohnregelung ausgeschlossen werden sollen. (M. Amlinger/R. Bispinck/Th. Schulten: Niedriglohnsektor – Jeder Dritte ohne Mindestlohn? WSI-Report 12, Düsseldorf, Januar 2014). In der Frage der Steuererhöhungen war es das Argument der notwendigen Koalitionsbildung, das diesen zentralen Punkt des SPD-Wahlprogramms unter den Tisch fallen ließ. Der komplizierteste Punkt war vielleicht die Koalitionsbildung selbst. Die SPD hatte sich gegen eine große Koalition und für „Rot-Grün“ ausgesprochen. Lt. Forsa v. 27. 9. 2013 waren 65 Prozent der SPD-Mitglieder und 70 Prozent der Funktionsträger gegen eine Große Koalition. Unter dem Druck von Parteiapparat („Staatsräson“), Medien und öffentlich gemachten „Erwartungen“ wichtiger gesellschaftlicher Organisationen (Gewerkschaftsspitzen, Unternehmerverbände, Koalitionspartner in spe) wurde diese Meinung der Parteibasis umgedreht.

Tab. 1: Zweitstimmen der BT-Wahlen 2005 bis 2013 (in Prozent)					
	2005	2009	2013	2005/2013	2009/2013
CDU/CSU	35,2	33,8	41,5	+6,3	+7,7
FDP	9,8	14,6	4,8	-5,0	-9,8
AfD	-	-	4,7	+4,7	+4,7
SPD	34,2	23,0	25,7	-8,5	+2,7
Linke	8,7	11,9	8,6	-0,1	-3,3
Grüne	8,1	10,7	8,4	+0,3	-2,3
Piraten	-	2,0	2,2	+2,2	+0,2
REP, NPD	2,2	1,9	1,5	-0,7	-0,4
Sonstige	1,3	2,1	2,6	+1,3	+5

Der Vergleich der Ergebnisse der drei Wahlen zeigt, dass im Zuge der Krise die modernisiert-konservative, neoliberale Richtung durchgängig zugelegt hat. Der für die Bundesrepublik im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern moderate Krisenverlauf hat auch nach Abklingen der Krise diesen Trend bestärkt, wie der Vergleich 2009/2013 zeigt. (+2,6 Prozent für CDU/CSU, FDP und AfD, -2,7 Prozent für SPD, Grüne, Piraten und Linke).⁵

Für die Beurteilung der Verschiebungen zwischen den Parteien und Hauptrichtungen sind die soziale Verankerung und Resonanz der Parteien von Interesse. Wir betrachten im Folgenden die Wählerwanderungen, den Bereich der Nichtwähler, Parteienbindung und Wahlentscheidungen nach Einkommensgruppen sowie nach sozialer Stellung und Mitgliedschaft in Gewerkschaften.

Die *Wählerwanderungen* bei der BT-Wahl 2013 vollzogen sich hauptsächlich *innerhalb* der Parteiengruppierungen, was als Hinweis auf deren relative Stabilität verstanden werden kann. Innerhalb des „Bürgerblocks“ wurden per saldo annähernd 3 Mio. Stimmen umgeschichtet: Hauptsächlich von der FDP zur CDU (2,2 Mio.) bzw. AfD (450 Tsd.) bzw. von der CDU zur AfD (300 Tsd.). Auf der anderen Seite wanderten knapp 1 Mio. Stimmen von der Linken an SPD und Grüne (zusammen 390 Tsd.) und 570 Tsd. von den Grünen an die SPD. Innerhalb beider Blöcke zirkulierten also etwa zusammen 4,6 Mio Stimmen. Der Austausch zwischen beiden „Lagern“ war deutlich geringer: SPD, Grüne und Linke verloren an CDU und AfD fast 1,6 Mio. Stimmen (480 Tsd. von der SPD, 520 Tsd. von der Linken und 560 Tsd. von den Grünen), während deutlich weniger Wähler (770 Tsd.) zu ihnen vom „Bürgerblock“

⁵ Festzuhalten bleibt, dass die heute im Bundestag vertretenen Parteien bei einer Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent (28,5 Prozent Nichtwähler) sowie 15,7 Prozent Wahlstimmen für Parteien, die unter die 5%-Klausel fallen, knapp 60 Prozent der Wahlberechtigten repräsentieren. Auf die Parteien der Großen Koalition entfielen insgesamt 29,4 Millionen Stimmen, was 67,3 Prozent der gültigen Stimmen, aber nur 47,5 Prozent aller Wahlberechtigten entspricht. Auf der Ebene des Bundestages stellt sich die Konstellation etwas „linksverschoben“ dar, da durch die 5%-Klausel u.a. 9,5 Prozent der Wahlstimmen von FDP und AfD im Bundestag nicht vertreten sind.

abwanderten. Es handelte sich hierbei also per saldo weitgehend um Verschiebungen nach rechts. Während CDU, FDP und AfD per saldo 365 Tsd. Stimmen von Nichtwählern auf sich ziehen konnten, waren dies bei SPD, Grünen und Linken nur 40 Tsd. (Verluste bei der Linken, Zugewinn bei SPD). Der *Nichtwähler*-Anteil an den Wahlberechtigten ist in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich angestiegen – von ca. 10 Prozent in den 1970er Jahren auf über 29 Prozent 2009; 2013 lag er bei 28,5 Prozent. Zahlreiche Studien zeigen, dass die Wahlbeteiligung dort am niedrigsten ausfällt, wo die Erwerbslosenquote hoch und das Einkommensniveau niedrig ist und die Wahlberechtigten über vergleichsweise geringe Bildungsabschlüsse verfügen.⁶ In einer Untersuchung zu den Nichtwählern der BT-Wahl 2013 in 28 Großstädten und 640 Stimmbezirken, die als repräsentativ gelten, bestätigen Gagné u.a. diese Sicht. Ihr Fazit: „Deutschland ist längst zu einer sozial gespaltenen Demokratie der oberen zwei Drittel unserer Gesellschaft geworden. Die Demokratie wird zu einer immer exklusiveren Veranstaltung für Menschen aus den mittleren und oberen Sozialmilieus der Gesellschaft.“⁷ Dabei sind die Stimmbezirke und sozialen Milieus mit abnehmender Wahlbeteiligung i.d.R. eher solche, die stärker der SPD bzw. der politischen Linken zuneigen. Gerade in deren Milieu nimmt die Wahlabstinenz zu.⁸

Eine Untersuchung des DIW⁹ über *Parteibindung der Haushalte* (die als soziale Reproduktionseinheiten verstanden werden können) nach Einkommens- und Vermögensgruppen in den Jahren 2009 bis 2011 zeigt, dass im oberen Einkommensfünftel der Haushalte CDU/CSU, FDP und die Grünen bedeutend mehr Anhänger haben als im unteren Fünftel (vgl. Tab. 2). Umgekehrt ist der Anteil von Anhängern von SPD und insbesondere der Linken im unteren Fünftel deutlich höher als im oberen Einkommensfünftel. Hier zeigt sich die gewachsene soziale Nähe des Klientels der Grünen zum „Eigentumsblock“, eine der Grundlagen für den politischen Richtungswechsel bei den Grünen nach den BT-Wahlen und ihre Bereitschaft zur Koalition mit der CDU in Hessen.

Zusammengefasst entfallen in dieser Untersuchung im oberen Fünftel auf CDU/CSU und FDP über 53 Prozent der Haushalte, zusammen mit den Grünen sogar über 70 Prozent. Im unteren Fünftel neigt mehr als ein Drittel (etwa 35

⁶ Armin Schäfer, Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 48-49/2013, S. 39ff.

⁷ J. F. Gagné, R. Vehrkamp, A. Schäfer: Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2013, S.13. Die Autoren verweisen als extremes Beispiel auf zwei Kölner Stadtteile mit einer Wahlbeteiligung von 42 Prozent (Chorweiler) bzw. 89 Prozent (Hahnwald). In Chorweiler lag die Arbeitslosenquote bei 19, in Hahnweiler bei einem Prozent.

⁸ „... viele in den ehemaligen Arbeitervierteln wissen nicht mehr, warum sie SPD wählen sollen. Wegen Hartz IV? Wegen der Rente mit 67? Und obwohl die Linkspartei vor allem in den Städten punktet, tritt sie hier nicht automatisch das Erbe der SPD an.“ R. Stumberger, Keine Wahl auf dem Hasenberg, in: Neues Deutschland v. 18.12.2013.

⁹ S. Bach, M. M. Grabka: Parteianhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP – und zu den Grünen, in: DIW-Wochenbericht Nr. 37/2013, S. 11-18.

Prozent) zu CDU/CSU und FDP; zusammen mit den Grünen sind es über 47 Prozent, während SPD und Linke in diesem Segment nur knapp 47 Prozent auf sich vereinigen können. Dass mit wachsendem Einkommen die Orientierung zur politischen Rechten zunimmt, ist nicht überraschend. Bemerkenswert ist die starke Bindung an den Eigentumsblock bis in die unteren sozialen Schichten.

Tab. 2: Parteienbindung der Haushalte nach Einkommensgruppen 2009-2011 (in Prozent)

	CDU/CSU	FDP	Grüne	SPD	Linke	Zus.
Oberes Fünftel	45,0	8,1	17,2	25,4	1,5	97,2
Unteres Fünftel	31,4	3,4	12,5	33,7	12,9	93,9

Nimmt man die sehr allgemeinen arbeitsrechtlichen Kategorien Selbständige, Arbeiter, Angestellte etc., so zeigt sich eine ähnliche Rechts-Links-Zuordnung der Wähler im Parteienspektrum nach Stellung im Erwerbsleben (vgl. Tab. 3). Der Anteil der Wähler von CDU/CSU, FDP und AfD beträgt bei den Selbständigen zwei Drittel, bei den Arbeitslosen ein Drittel. SPD/Linke wählten 20 Prozent der Selbständigen, aber 49 Prozent der Arbeitslosen. Bei allen anderen Erwerbstätigenkategorien dominiert der „Eigentumsblock“: bei den Rentnern mit 57 Prozent, bei Angestellten und Arbeitern mit 49 bzw. 44 Prozent. SPD und Linke erreichten bei Angestellten und Arbeitern nur 34 bis 40 Prozent.

Die Konstellation aus SPD, Grünen und Linken, die im Wahlkampf programmatisch zumindest im sozialpolitischen Bereich eine gewisse Übereinstimmung zeigte, ist gegenüber dem „Bürgerblock“ bei den Arbeitern gleich stark, bei den Angestellten schwächer (45 gegen 49 Prozent) und bei den Rentnern deutlich schwächer (40 zu 57 Prozent). Allein bei den Arbeitslosen zeigte sie sich wesentlich stärker (58 zu 24 Prozent).

Tab. 3: Wahlergebnis 2013 nach Stellung im Erwerbsleben (in Prozent)¹⁰

	CDU/CSU, FDP, AfD	Grüne, Piraten	SPD	Linke
Selbständige	64	13	14	6
Rentner	57	4	28	8
Angestellte	49	14	26	8
Arbeiter	44	8	27	13
Arbeitslose	31	13	26	23

¹⁰ H. Kahrs: Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag. Wahlachtbericht und erste Analyse, 23.09.2013 http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/BTW13_Kahrs_Wahlachtbericht.pdf

Die starke Bindung an Betrieb und Unternehmen als Erwerbsgrundlage stärkt bei Arbeitern und Angestellten die Neigung, die ungeschminkt für Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen auftretenden Parteien des Bürgerblocks zu wählen. Hier zieht das Modell Deutschland – Stärkung der exportorientierten Wirtschaft als Basis einer erfolgreichen Krisenbewältigung (Merkel: „stärker aus der Krise hervorgehen“).

Was die Linke betrifft, so sind ihre Wähleranteile bei Arbeitern (13 Prozent) und Arbeitslosen (23 Prozent) überdurchschnittlich. Hier schlägt die soziale Frage durch. Bei den Lohnabhängigen insgesamt dürfte die starke Bindung durch konservative Parteien (die sozialchauvinistisch argumentierende AfD erreicht bei den Arbeitern 6 Prozent) mit der elementaren Erfahrung zusammenhängen, dass die „Verfügung“ über einen Arbeitsplatz eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist.¹¹

Bei den Gewerkschaftsmitgliedern¹² sind SPD und Linke mit knapp 47 Prozent (alle Wähler: 34,3 Prozent) stärker als CDU/CSU, FDP und AfD (39,4 Prozent; alle Wähler: 51 Prozent), SPD, Linke und Grüne kamen hier zusammen auf 55,3 Prozent (alle Wähler: 42,7 Prozent). Zu beachten ist aber der Trend: Gegenüber 2009 hat die CDU/CSU unter den Gewerkschaftsmitgliedern deutlich Terrain gewonnen (+7,4 Prozent), der Zuwachs der SPD blieb gering (+2,5 Prozent) und die Linke hat deutlich verloren (-6,1 Prozent). Bezüglich der SPD wird konstatiert: „Die vor Jahren noch selbstverständliche Allianz zwischen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und der SPD, als eine deren Interessen artikulierende Partei, gehört offenbar immer mehr der Vergangenheit an.“¹³

Die SPD steht insofern unter starkem Druck, die Erosion ihrer traditionellen Wählerbasis einzudämmen – dies ist der Hintergrund ihrer derzeitigen Avancen gegenüber den Gewerkschaften. Dass ihr Abrücken von der Ausgrenzung der Linkspartei mit der durch das BT-Wahlergebnis erneut dokumentierten fehlenden Machtperspektive zusammenhängt, ist ebenso offenkundig. Eine Dynamik in Richtung „Rot-Rot-Grün“ geben das Wahlergebnis und die Daten zur sozialen Verankerung der Parteien nicht her, ganz im Gegenteil. Dies zeigt auch der mit der Großen Koalition gefundene und im Koalitionsvertrag zum Ausdruck kommende Konsens von Schwarz-Rot.

2. Korporativer Wettbewerbskapitalismus

Es wurde oben gezeigt, dass es zwischen den politischen Blöcken (mit Ausnahme der Linken) kaum noch fundamentale Unterschiede gibt, dass diese aber gleichwohl die Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen ausdrücken. Diese wider-

¹¹ Vgl. Klaus Dörre u.a., Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen, Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Betrieben, Hamburg 2013.

¹² Daten der Forschungsgruppe Wahlen (DGB-Gewerkschaften plus Beamtenbund und andere „Arbeitnehmerorganisationen“); vgl. DGB (Hrg.), einblick, H. 17/2013.

¹³ Matthias Jung u.a. (FG Wahlen), Angela Merkels Sieg in der Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48-49/2013, S. 18.

sprüchliche Konstellation wird insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik sichtbar. Gestützt durch ein verbreitetes Bewusstsein vom „bedrohten Paradies“¹⁴ – für die große Mehrheit der Wähler erscheint die relative Krisenresistenz Deutschlands weniger als Chance für einen politischen Richtungswechsel denn als fragile Errungenschaft, deren Verteidigung eine Daueraufgabe ist – eint die politischen Blöcke (wieder mit Ausnahme der Linken) das Bestreben, die als permanent bedroht empfundene Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts Deutschland“ zu verteidigen bzw. weiter auszubauen. Dabei gibt es unterschiedliche Akzente, vor allem was den Spielraum für soziale Kompromisse betrifft. Was die aktuelle Bundesregierung angeht, so scheint es, als wolle sie diese wettbewerbspolitische Orientierung gegenwärtig eher unter Einbindung der Gewerkschaften und anderer sozialer Bewegungen als durch weiteren Lohn- und Sozialabbau umsetzen.

2.1. Wettbewerbskapitalismus als nationales Projekt

Eines der im schwarz-roten Koalitionsvertrag¹⁵ am meisten gebrauchten Wörter lautet „Wettbewerbsfähigkeit“ (32 Mal), meist verbunden mit „international“. Dabei geht es zwar auch um Europa, im Wesentlichen aber um Deutschland – die Stärkung Europas dient der Förderung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. Zu diesem Zweck knüpft die neue Bundesregierung an traditionelle industriepolitische Ansätze an – schon das Wort „Industriepolitik“ war lange Jahre als marktfeindlich und planwirtschaftlich verpönt¹⁶: Im Rahmen der Politik zur „Stärkung des Industriestandorts Deutschland“¹⁷ werden im Koalitionsvertrag jene Wirtschaftszweige aufgezählt, die man als für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes entscheidend betrachtet, selbst die Bezeichnung „Schlüsselindustrien“ taucht auf. Dazu gehören lt. Koalitionsvertrag die Software- und IT-Industrie, die Luft- und Raumfahrt und interessanterweise auch die maritime Wirtschaft (LeaderSHIP Deutschland) – die Beherrschung der internationalen Transportlogistik ist ein wichtiges Moment für die Exportwirtschaft, vor allem in Richtung Asien und USA. Außerdem wird der Rohstoffwirtschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet: Hier wird die zentrale Rolle der Politik bei der Sicherung der Rohstoffversorgung – mit dem Verweis auf angeblich durch staatliche Eingriffe verursachte internationale „Wettbewerbsverzerrungen“ – unum-

¹⁴ Zusammenfassung der Ergebnisse einer repräsentativen Befragung des „Rheingold-Instituts“ vom 6.9.2013, zit. in: Joachim Bischoff/Christoph Lieber, *sozialismus*, Januar 2014.

¹⁵ Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode.

¹⁶ Dies galt nicht auf europäischer Ebene. Die EU-Kommission hat schon 2010 im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ explizit die Aufgabe gestellt, „eine Industriepolitik zu etablieren, die für die Beibehaltung und Weiterentwicklung einer starken, wettbewerbsfähigen und diversifizierten industriellen Grundlage in Europa optimale Voraussetzungen schafft [...]“ (EU-Kommission, zit. in Deutsche Bank Research, *Re-Industrialisierung Europas: Anspruch und Wirklichkeit*, November 2013, S. 2.)

¹⁷ CDU-Wirtschaftsrat, *Empfehlungen für das Regierungsprogramm 2013-2017. Mut zu einem starken Wirtschaftsstandort Deutschland*, Berlin, September 2013.

wunden herausgearbeitet: „gezieltes Handeln“ im Rahmen einer integrierten Rohstoffstrategie sei geboten. Dass in der Außen- und Entwicklungspolitik Afrika stärker ins Visier rückt, ist vor diesem Hintergrund nur logisch.

Die wettbewerbspolitische Begründung staatlicher Industrieförderung gilt auch für Maßnahmen im Rahmen der Energiewende, die einen wichtigen Stellenwert im Rahmen der Vereinbarungen besitzt. Aspekte der globalen Klimapolitik werden nur mehr in diesem Kontext erwähnt – sie fehlen erstaunlicherweise im Abschnitt 7, „Verantwortung in der Welt“. Damit wird bestätigt, dass Deutschland nicht mehr die Absicht hat, in der globalen Klimapolitik eine Vorreiterrolle zu spielen: „Die Erreichung ambitionierter europäischer Klimaschutzziele darf nicht zu Nachteilen für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrien führen ...“, heißt es im Koalitionsvertrag. In der Tat sind die Energiekosten ein wichtiger Wettbewerbsfaktor.¹⁸ Dass die Herabstufung der Klimapolitik in einer politischen Situation erfolgt, in der die Grünen verstärkt Bestandteil der dominierenden politischen Konstellation werden¹⁹, ist angesichts zunehmender klimatisch bedingter Katastrophen mehr als beunruhigend.

Wie die staatliche Förderung der genannten „Leitmärkte“ und „Schlüsselindustrien“ genau aussehen soll, wird im Koalitionsvertrag kaum spezifiziert – bei einem 185-Seiten Text, dem auch die Stärkung des „Bienenmonitoring“ einen Satz wert ist, immerhin bemerkenswert. Aber dass diese gezielt staatlich gefördert werden müssen, wird an vielen Stellen hervorgehoben – womit man sich von marktradikalen Formeln, wie der „Reduzierung des Staates auf seine Kernaufgaben“, die sich in den „Empfehlungen“ des CDU-Wirtschaftsrats noch finden, verabschiedet.

Ein ähnlicher industriepolitischer Grundzug findet sich auch in der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung in Hessen²⁰, die es ebenfalls für sinnvoll hält, die Förderung des „Wirtschaftsstandorts Hessen“ an einige wenige Wirtschaftszweige zu binden: Neben der Finanzwirtschaft („Finanzplatz Frankfurt“) werden Chemie/Pharma („Pharmastandort“), die Automobilindustrie und die Raumfahrt erwähnt. Das schwarz-grüne Zauberwort ist „ausgewogen“, zwischen konfligierenden Zielen soll ein „fairer Ausgleich“ gefunden werden, allerdings immer im Interesse des Wirtschaftsstandorts. Die schwarz-grüne Vereinbarung versteigt sich auf diesem Gebiet so weit, die begrenzte Duldung der Versalzung von Werra und Weser durch das DAX-Unternehmen K&S mit der Notwendigkeit der Erhaltung des „Kali-Standortes“ Nordhessen zu begründen. Selbst der Naturschutz im Wald steht unter dem Vorbehalt der „Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Land- und Forstwirtschaft“. Das abso-

¹⁸ DB-Research, a. a. O., S.18.

¹⁹ Dies lässt sich nicht nur an der Umorientierung in der Führung der Grünen nach den BT-Wahlen und an der Qualifizierung der hessischen schwarz-grünen Koalition als Testlauf für Berlin festmachen. Die Bundesregierung selbst hat zwei „grüne“ Staatssekretäre ernannt.

²⁰ Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen. Hessen 2014 – 2019, Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und Bündnis90/Die Grünen Hessen für die 19. Wahlperiode des Hessischen Landtags 2014-2019.

lute Primat der Wettbewerbsfähigkeit kann auch am weitgehenden Fehlen von Elementen eines ‚grünen Kapitalismus‘ deutlich gemacht werden. Alle innovativen Ansätze wie z.B. die Energiewende stehen unter dem Wettbewerbsvorbehalt. Unter der viel versprechenden Überschrift „Industriepolitik: Tradition und Innovation“ wird in der schwarz-grünen Vereinbarung zwar formuliert: „Zum Erfolg der hessischen Wirtschaft tragen aber nicht nur die traditionell starken Branchen, sondern auch die sich verstärkt entwickelnden Zukunftsbranchen bei.“ Aber immer, wo’s konkret wird – und es wird streckenweise sehr kleinteilig – geht es um die traditionellen Wirtschaftszweige Chemie/Pharma, Automobilindustrie und Banken. Was „Zukunftsbranchen“ genau sind und was von ihnen zu erwarten ist, bleibt unklar.

Der schwarz-rote Koalitionsvertrag hatte und hat ein ziemlich schlechtes Medien-echo, wobei negative Aussagen aus dem Unternehmerlager im Vordergrund stehen. Ein genauerer Blick auf die Haltung der großen Verbände des Kapitals zum Regierungsprogramm kommt aber zu einem anderen Ergebnis. Im Vordergrund der kritischen Äußerungen aus dem Unternehmerlager stehen die Rentenpläne, die als Kostenbelastung (bzw. als verhinderte Kostenentlastung) der Unternehmen erwartungsgemäß abgelehnt werden. Es wird dafür aber auch Verständnis geäußert, da „Kompromisse“ notwendig seien (BDA). Der Bundesverband der Arbeitgeberverbände formuliert in einer Stellungnahme seines Präsidenten Ingo Kramer eine vorsichtig-positive Haltung zum Koalitionsvertrag: „Aus wirtschaftlicher Sicht ist nicht alles vernünftig, manches geht aber in die richtige Richtung.“ Ausdrücklich gelobt werden die Vorhaben der Finanzpolitik und die europa- und außenpolitischen Zielsetzungen. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, „dass die positiven Aussagen zum Industriestandort Deutschland die Politik in den nächsten vier Jahren prägen werden“.²¹ Der Präsident des BDI, Ulrich Grillo, lobt explizit die Fokussierung des neuen Wirtschaftsministers Gabriel auf Stärkung des „Industriestandorts“.²²

2.2 Deutschland – Hegemonialmacht in Europa?

Die Koalitionäre sind sich ebenso wie die Kritiker aus der Wirtschaft darin einig, dass die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland nur im Rahmen Europas erfolgreich sein kann. Die „Empfehlungen“ des CDU-Wirtschaftsrats formulieren: „Deutschlands Zukunft heißt Europa. In einer Welt neuer Kraftzentren werden wir unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur mit einem starken Europa verteidigen können.“ Dies könne aber nur unter deutscher Führung gelingen: Die „Führungsverantwortung“ Deutschlands ist gefragt – was angeblich auch die Partner vom „Stabilitätsanker“ Deutschland erwarten. Diese europapolitische Orientierung scheint zwischen CDU und SPD unumstritten: Europa ist nur unter deutscher Führung denkbar. Auch damit scheint sich die neue Bundesregierung im Einklang mit einer verbreiteten Massenstimmung zu befinden: „78 Prozent der

²¹ BDA, Presseinformation 063/2013 v. 27.11.2013.

²² „Die Industrie baut auf Wirtschaftsminister Gabriel“, FAZ v. 18.1.14.

Wähler stimmen der Aussage zu, dass Deutschland in Europa stärker seine eigenen Interessen wahren sollte. Und umgekehrt stimmen nur 38 Prozent der Wähler der Aussage zu, dass sich Deutschland in Zukunft stärker in die europäische Gemeinschaft integrieren sollte.²³ In der Präambel des schwarz-roten Koalitionsvertrags werden jene Prinzipien genannt, deren Beachtung die deutsche Spitzenstellung in Europa, die sich nach Ansicht der Autoren insbesondere in der aktuellen Krise gefestigt hat, weiter sichern soll, darunter: Senkung der Schuldenquote (in der schwarz-grünen hessischen Vereinbarung ein hervorgehobener Punkt), Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie u. a. durch Technologieförderung und Begrenzung der Lohnzusatzkosten, Stabilisierung der Finanzmärkte bei Verteidigung des deutschen Drei-Säulen-Modells und starke Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Entgegen der in den Medien vielfach verbreiteten Ansicht, die Koalition habe kein Projekt, verfolgen die Koalitionäre (im Bund und in Hessen) klare Ziele und sind sich auch über die Mittel und Prioritäten weitgehend einig: Es geht um die Bewahrung bzw. den Ausbau der deutschen Position in einer multipolaren Welt, wobei sie zwar den europäischen Kontext nicht ignorieren, sich aber darüber einig sind, dass Europa sich voll und ganz dem deutschen Verständnis der sozialen Marktwirtschaft zu unterwerfen habe. Dass das von den europäischen Partnern möglicherweise anders gesehen werden könnte und dass hier Kompromisse notwendig sein werden, wird noch nicht einmal erwähnt. Europa wird als deutsches Projekt vorgestellt. Die deutsche Führungsrolle wird insbesondere im Abschnitt 6 des schwarz-roten Koalitionsvertrags „Starkes Europa“ unumwunden formuliert. Schon der Einleitungssatz macht unmissverständlich deutlich, dass eine neue Zeit angebrochen ist: In einer Periode historisch einzigartiger Veränderungen „ist Deutschland als wirtschaftlich starker Mitgliedsstaat und Stabilitätsanker in eine gewachsene Verantwortung hineingewachsen ...“²⁴ Ohne die unterschiedlichen Gegebenheiten und Interessen der europäischen „Partner“ auch nur zu erwähnen, heißt es: „Die bewährten Regeln der Sozialen Marktwirtschaft müssen das Grundgerüst für die Wirtschafts- und Währungsunion der Zukunft sein.“ Die Partnerländer können nur insoweit auf europäische (deutsche) Unterstützung rechnen, wie sie sich einem ‚Reformprogramm‘ nach deutschem Muster unterwerfen; während die Verantwortlichkeit des Bundestags für Hilfskredite betont wird, werden die Parlamente der übrigen Mitgliedsstaaten faktisch entmündigt: Sie sollen sich im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen („Reformverträge“) mit der EU-Kommission unter Überwachungsstatus begeben. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag nach den Vorstellungen der Bundesregierung zur Umsetzung der „Wettbewerbspakte“ zwischen der EU-Kommission und einzelnen europäischen Ländern wird formuliert: Es „wird es von entscheidender Bedeutung sein, die nationale Eigenverantwortung („Ownership“) für die Umsetzung notwendiger Reformen, auch durch eine angemessene Einbindung der nationalen Parlamente, zu stärken.“ Was genau als „angemessen“ gilt, bleibt offen – die aus der Entwicklungspolitik stam-

²³ Rheingold-Umfrage, zit. in: sozialismus, a.a.O.

²⁴ Auch sprachlich „einzigartig“: In etwas Wachsendes hineinwachsen.

mende Formel der „ownership“ macht aber deutlich, wie die Bundesregierung das Verhältnis zu den ‚reformbedürftigen‘ Ländern sieht: Der ‚Geber‘ bestimmt, was der ‚Nehmer‘ zu tun hat: Wer zahlt schafft an! Dass europäische Regeln auch für Deutschland gelten könnten, wird nicht einmal erwähnt – obwohl Deutschland einen klar gegen EU-Richtlinien verstoßenden chronischen Leistungsbilanzüberschuss aufweist, der eigentlich Sanktionen auslösen müsste. In der Debatte darüber hatten die Koalitionäre vorab deutlich gemacht, dass sie nicht gewillt sind, in diesem Punkt irgendwelche europäischen Eingriffe zu akzeptieren. Man ist sich einig: In der EU wird jetzt deutsch gesprochen. „Der Umgang mit der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen muss ihre rechtliche Stellung und ihren tatsächlichen Gebrauch in der EU widerspiegeln. Deutsch muss auch in der Praxis den anderen beiden Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden“, heißt es im Koalitionsvertrag – eine angesichts der globalen Rolle von Englisch absurde Vorstellung. Deutschland stilisiert sich hier zur europäischen Hegemonialmacht. Noch Mitte 2013 hatte der Londoner „Economist“ beklagt, dass Merkel-Deutschland die ihm eigentlich zustehende Führungsrolle aus historischen Gründen nicht wahrnehme, Deutschland sei ein „reluctant hegemon“.²⁵ Das scheint sich unter schwarz-rot geändert zu haben. Ob Deutschland aber wirklich dauerhaft die Rolle einer europäischen Hegemonialmacht spielen kann ist angesichts des globalen (auch militärischen) Gewichts Großbritanniens und selbst Frankreichs durchaus fraglich. Die nach dem Ausscheiden der FDP verstärkte Neigung zu militärischen Auslandsinterventionen (nach der Gauck-Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz wird sogar von einem außenpolitischen ‚Paradigmenwechsel‘ gesprochen), die auch von den Grünen mitgetragen wird, und die von Entwicklungsminister Müller/CSU geforderte Zusammenarbeit zwischen Entwicklungshilfe und Bundeswehr im Ausland machen deutlich, dass die Bundesregierung hier mindestens gleichziehen will.

Die sich im Koalitionsvertrag und in den mit seiner Erstellung verbundenen Diskussionen herauschälende Strategie ist eindeutig: Ziel ist die Stärkung Deutschlands im globalen Wettbewerbskapitalismus, wobei die europäische Einbindung nur soweit akzeptiert wird, wie sie diese Wettbewerbsfähigkeit sichert, d.h. sich deutschen Vorstellungen unterordnet. Konzessionen gegenüber anders gelagerten Interessen europäischer Partnerländer – die in der Realität natürlich unvermeidbar sind – werden noch nicht einmal angedeutet.²⁶ Inwieweit diese verbale euro-imperialistische Kraftmeierei wirklich ernst gemeint ist wird sich in der Praxis zeigen – ganz offensichtlich fühlen sich die Koalitionäre von euro-skeptischen Tendenzen innerhalb und außerhalb der beteiligten Gruppen unter Druck gesetzt und versuchen, dem durch Großmachtgehabte das Wasser abzugraben.

²⁵ The Economist v. 15. Juni 2013.

²⁶ Barbara Unmüßig interpretiert den Koalitionsvertrag als „nationale Nabelschau“ und weist – neben dem „Abschied Deutschlands als Vorreiter im Klimaschutz“ – auf fehlende Vorstellungen zur Gestaltung der globalen Beziehungen, darunter den Umgang mit den aufstrebenden Schwellenländern, hin. („Weltwirtschaft & Entwicklung“, Januar 2014)

2.3 Abschied vom Marktradikalismus?

Auffällig ist das Bemühen des Koalitionsvertrags (wie auch der hessischen schwarz-grünen Vereinbarung), sich von extremen marktradikalen und neoliberalen Positionen abzugrenzen. Vor allem im Vergleich mit den „Empfehlungen“ des CDU-Wirtschaftsrats fällt auf, dass der Koalitionsvertrag weder weitere Deregulierungen der Arbeitsmärkte noch zusätzliche Privatisierungen von öffentlichen Unternehmen (wie z.B. der Bahn) fordert. Das bedeutet allerdings keineswegs, dass hier ein Kurswechsel stattgefunden hat: So geht der Privatisierungsprozess z.B. im Gesundheitswesen weiter. Außerdem werden viele Privatisierungsinitiativen auf EU-Ebene verlagert.²⁷ Während der Wirtschaftsrat in gewohnter Weise weiteren Sozialabbau, eine erneute Verlängerung der Lebensarbeitszeit (auf 69 Jahre) und eine verstärkte Senkung der Lohnzusatzkosten fordert, enthält der Koalitionsvertrag keine neuen sozialen ‚Grausamkeiten‘ – allerdings auch nicht die Rücknahme von Maßnahmen der vorangegangenen Regierungen. Die marktwirtschaftlichen ‚Reformen‘ der Vergangenheit werden als ausreichend betrachtet. Die Veränderungen im Rentenrecht zugunsten bestimmter Gruppen (auf Kosten aller Rentner), die aufhaltsame Einführung des Mindestlohns und einzelne Begrenzungen bei der Leiharbeit zeigen immerhin, dass die Regierung derzeit kein Interesse an einem weiteren rigorosen sozialen Kahlschlag hat und stellenweise Spielräume für kleine soziale Kompromisse sieht. Das wird von den Unternehmerverbänden (und den Medien) zwar wortreich kritisiert, die insbesondere im Zusammenhang mit Veränderungen bei den Renten von „sozialen Wohltaten“ schwadronieren. Die arbeitsmarktpolitischen Vorhaben der Koalition (darunter natürlich der Mindestlohn) werden aber nur vorsichtig kritisiert, es wird deutlich, dass die Arbeitgeberseite dank der zahlreichen Ausnahme- und Übergangsregelungen und der weiteren unbeschränkten Zulassung befristeter Beschäftigungsverhältnisse damit recht gut leben kann. Die vorsichtigen Äußerungen der bestimmenden Wirtschaftsverbände machen jedenfalls deutlich, dass auch sie auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik derzeit keinen konfrontativen Kurs wünschen.

Die Koalitionäre scheinen sich mit den großen Wirtschaftsverbänden einig zu sein, dass die weitere Stärkung des ‚Standorts Deutschland‘ nur im Rahmen eines breiten Konsenses der ‚Sozialpartner‘ einerseits und eines starken und handlungsfähigen Staates andererseits gelingen kann. Insofern bewegt sich der Koalitionsvertrag in der Tradition des ‚Modell Deutschland‘, d.h. eines Exportmodells, welches im Innern den sozialen Konsens sucht. Zumindest auf der verbalen Ebene wird Abschied genommen vom staatskritischen und marktradikalen Diskurs der Vergangenheit, eine gewisse Renaissance etatistischer Formeln ist nicht zu übersehen – wodurch sich ein alter Eindruck bestätigt, dass die Frage ‚Markt‘ oder ‚Staat‘ niemals ein Streitpunkt kapitalistischer Strategiebildungen gewesen ist. Wirt-

²⁷ So zeigt der Vorschlag der EU für eine Verordnung über Europäische langfristige Investmentfonds (ELTIF), dass die Kommission von einer Verstärkung und Vertiefung der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen bis hin zu Schulen und Gefängnissen ausgeht (WEED-Infobrief, Januar 2014).

schaftsminister Gabriel formuliert in einem Papier zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts 2014, dass er den „ideologisch hoch aufgeladenen Grundsatzstreit“ von Markt oder Staat überwinden will zugunsten einer „intelligenten Kombination von staatlichem Handeln und marktwirtschaftlichen Prozessen.“²⁸

Eine vorläufige Bilanz der strategischen Orientierungen der neuen Regierungskonstellation verweist auf ein staatsmonopolistisches, sozialpartnerschaftlich und national gefärbtes Wettbewerbskonzept:

- Alle politischen Partner (schwarz, rot, grün) setzten auf ein ‚Modell Deutschland‘, in dem die staatliche Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit sozialem Konsens verbunden wird.
- Auf marktradikale Rhetorik wird verzichtet, es überwiegt eine pragmatische Haltung der Kooperation von Staat und Wirtschaft im Interesse des Standorts Deutschland.
- Die europäische Einbindung Deutschlands wird insofern neu interpretiert, als Deutschland nun offen die Führungsrolle beansprucht. Dazu wird auch verstärkt auf militärische Auslandspräsenz gesetzt. Dass – wie in der Vergangenheit – europäische Einbindung trotz Wirtschaftsstärke auch Kompromisse erforderlich macht, wird negiert.
- Die (partielle) Einbindung von Rot-Grün hat an der Zielsetzung des ‚Modell Deutschland‘ wenig geändert: Die bestehende hohe wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit wird nicht für einen sozialen und ökologischen Kurswechsel genutzt.

3. Große Koalition und Gewerkschaften

Die Große Koalition will ihr Ziel der Stärkung Deutschlands im globalen Wettbewerbskapitalismus offensichtlich unter Einbindung der Gewerkschaften und anderer sozialer Kräfte durchsetzen. Die DGB-Gewerkschaften – als potenziell stärkste organisierte außerparlamentarische Oppositionskraft – tragen die im Koalitionsvertrag enthaltenen Positionen „kritisch und konstruktiv“ mit – mit Ausnahme der Gewerkschaftslinken. Eine konsequente Opposition gegenüber dem sozial abgemilderten „Weiter so“ der Koalition ist nicht erkennbar.

Schon lange vor der Bundestagswahl war nicht nur eine Wiederannäherung zwischen Gewerkschaften und SPD erkennbar, sondern auch eine Annäherung der Gewerkschaften an die CDU. Die Gewerkschaftsführungen glaubten ersichtlich nicht an einen Wahlsieg von Rot-Grün, sondern setzten frühzeitig auf eine große Koalition. Lediglich die – politisch etwas bunter gefärbte – Gewerkschaft ver.di zeigte eine gewisse Zurückhaltung, schloss sich im DGB-Vorstand aber dem allgemeinen Trend an.²⁹ Andere politische Optionen („Rot-Rot-Grün“, Minderheitsregierung) zogen sie zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Betracht.

²⁸ FAZ v. 18.1.2014.

²⁹ Arno Klönne: Der DGB als stiller Teilhaber von Schwarz-Rot? Telepolis, 12. 11. 2013, www.heise.de/tp/artikel/40/40314/

Die Sympathien in den gewerkschaftlichen Vorstandsetagen für eine Große Koalition verstärkten sich seit dem Wahlabend noch einmal deutlich. Lediglich der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske äußerte sich differenzierter und unterstützte öffentlich die Initiative der Linkspartei, ein Zweckbündnis aus SPD, Grünen und Linken solle im Bundestag kurzfristig ein Mindestlohngesetz beschließen, „bevor in Koalitionsverhandlungen bindende Festlegungen getroffen werden“.³⁰ Die passive Haltung der Gewerkschaften gegenüber dieser Initiative der Linkspartei, die ja originäre gewerkschaftliche Forderungen aufgriff, sprach für sich. Eine Telefonkonferenz aller acht Gewerkschaftsvorsitzenden noch in der Woche nach der Bundestagswahl ergab ein klares Votum für Schwarz-Rot.³¹

Die SPD umwirbt die Gewerkschaften sehr heftig – um mögliche Konflikte schon im Vorfeld zu beseitigen und sicher auch aus der Erkenntnis, dass sie auf die Gewerkschaftsmitglieder als Teil ihrer Wählerbasis angewiesen ist. Seitens der Großen Koalition wird die Einbindung der Gewerkschaften erleichtert durch deren Verzicht auf weitere marktradikale Deregulierungsinitiativen. Bundesregierungen und Unternehmerverbände betrachten offenkundig die bisherigen Maßnahmen in Richtung Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung als (vorerst) ausreichend. Die Mehrheitsrichtung in den Gewerkschaftsführungen nimmt es hin, dass eine neue gesellschaftspolitische Richtung nicht eingeschlagen wird. Sie arrangiert sich mit einem „Weiter so“ mit einigen sozialen Korrekturen. Das Wettbewerbskonzept des Koalitionsvertrages wird von den Gewerkschaften – mit einigen eigenen Akzenten im Detail – grundsätzlich mitgetragen.: „Der DGB begrüßt die Absicht, die Industriepolitik zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen durch gute und produktive Arbeit sowie durch Investitionen und Innovationen zu verbessern.“³²

Einige kritische Akzente setzte der DGB in seiner Bewertung der schwarz-grünen Koalition in Hessen. Stefan Körzell, Bezirksvorsitzender des DGB Hessen-Thüringen erklärte, gemessen an den DGB-Kernforderungen zu Arbeit, Sozialem, aktivem Staat und Bildung sei die hessische Koalitionsvereinbarung „ohne neue Akzente und insgesamt sehr enttäuschend“. CDU und Grüne hätten ihre Vereinbarungen „unter dem Damoklesschwert der Schuldenbremse“ getroffen. Das werde in vielen Punkten zu Verschlechterungen führen.³³ Das machte es der SPD in Gestalt des hessischen SPD-Vorsitzenden (und stellvertretenden Bundesvorsitzenden) Thorsten Schäfer-Gümbel leicht, sich als originären Partner der Gewerkschaften zu präsentieren, so auf der Delegiertenkonferenz des Bezirks Hessen-Thüringen Ende Januar. Ein Kernelement der hessischen Koali-

³⁰ www.faz.net, 28. 9. 2013.

³¹ Ebd.

³² DGB Bundesvorstand, Bewertung der Koalitionsvereinbarung, Berlin 27. 11. 2013, www.dgb.de (> Presse), S. 5.

³³ DGB Hessen-Thüringen: Hessen auf der Bremsspur? Ein Koalitionsvertrag im Zeichen der Schuldenbremse, 18. 12. 2013; www.hessen-thueringen.dgb.de (> Presse).

tionsvereinbarung, die Stärkung des „Wirtschaftsstandorts Hessen“ war bezeichnenderweise nicht Gegenstand der DGB-Kritik.

Die Herangehensweise des DGB-Positionspapiers zur Koalitionsvereinbarung kann an einigen Beispielen verdeutlicht werden, so an der zentralen Frage des Mindestlohns: Die Gewerkschaften begrüßen grundsätzlich die angekündigte Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns schrittweise ab dem 1. Januar 2015. Bemängelt wird lediglich das Einfrieren der Mindestlohnhöhe bei 8,50 Euro/Stunde bis 2018. Für den ver.di-Vorsitzenden war das ein „Wermutstropfen“. Doch alles in allem stimme die Richtung, so die NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger. Mit einem Stundenlohn von 8,50 Euro würden sich die Einkommen von „knapp einer Million geringfügig Beschäftigter oder zwei Dritteln aller Beschäftigten im Gastgewerbe“ spürbar verbessern.³⁴ Das stimmt, wenn nicht Ausnahmen durchgesetzt werden. Die jetzt schon vorgesehenen Einschränkungen, die die Koalition an die Einführung des Mindestlohns geknüpft hat, werden jedoch im DGB-Positionspapier mit keinem Wort erwähnt. Kein Kommentar auch zu den Schlupflöchern, mit denen Unternehmen den Mindestlohn umgehen können, so wie es bei Branchen-Mindestlöhnen auch jetzt schon geschieht. Ähnlich die gewerkschaftliche Position zu Leiharbeit und Werkverträgen: Die von der Koalition „beabsichtigte Konkretisierung der Rechte des Betriebsrats beim Einsatz von Werkverträgen“ sei „sinnvoll“, aber „unzureichend“, heißt es beim DGB. Betriebsräte müssten ein Zustimmungsverweigerungsrecht erhalten. Begrüßt wird auch die „strengere Regulierung der Leiharbeit“. Auch hier werden „weitere Maßnahmen“ z. B. zur Vermeidung von Drehtüreffekten gefordert. In der Tat gibt es Fortschritte. Mit ihrer Position werden die Gewerkschaften aber der jetzt schon sehr weit reichenden Deregulierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in keiner Weise gerecht. Die Pläne der Koalition beschränken sich darauf, diese Prekarisierung an einigen Punkten sozial abzufedern. Breite Spielräume für die Unternehmen, reguläre Arbeitsverhältnisse zu unterlaufen, bleiben bestehen und werden nicht kritisch thematisiert. Eine umfassende politische Strategie gegen Prekarisierung müsste mehr bieten.

Des Weiteren würdigt der DGB „Verbesserungen bei den Rentenleistungen“, vor allem Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die geplante abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren. Unbestreitbar handelt es sich hier um positiv zu bewertende soziale Korrekturen – wenn sie denn so realisiert werden. Sie ändern aber nicht wirklich etwas an der prinzipiellen Schiefelage des gesamten Rentensystems. So fällt auf, dass der DGB – neben einigen Nachbesserungen im Detail – die weiterhin überfällige Rücknahme der Rente mit 67 nicht erwähnt.

Insgesamt verhalten sich die Gewerkschaften mehrheitlich bisher wie ein politischer Beobachter des parlamentarischen Geschehens: Sie stellen Forderungen, loben es, wenn einige davon wenigstens in Ansätzen erfüllt werden und versichern, weitere Forderungen aufrecht erhalten zu wollen und bei der regierenden Parteienkoalition auf deren Umsetzung zu drängen. Eine eigenständige politische Mobi-

³⁴ Der Tagesspiegel v. 27. 11. 2013.

lisierungsstrategie, mit der sich Gewerkschaften als autonome Kraft der Entwicklung von politischem Druck definieren, ist daraus derzeit nicht erkennbar. Diese Haltung ist auch eine Schönwetterveranstaltung: Sie trägt begrenzt nur so lange, wie die Konjunktur günstig ist und Koalition und Unternehmer Spielräume für soziale Zugeständnisse sehen. mit einer erneuten wirtschaftlichen Krise neue soziale Grausamkeiten auf die politische Tagesordnung kommen, würden Konfliktfelder wie die Rentenpolitik oder die Arbeitsmarktpolitik einschließlich der weiteren Deregulierung der Arbeitsverhältnisse in aller Schärfe erneut aufbrechen. Für die Gewerkschaften wäre diese Konstellation existenziell bedrohlich und müsste sie zu einer politischen Mobilisierung herausfordern. Gut vorbereitet sind sie derzeit darauf nicht.

4. Große Koalition und politische Linke

Die Bildung der Großen Koalition im Bund und der schwarz-grünen Koalition in Hessen hat die in den Wahlen geschwächte Partei Die Linke in die Rolle der wichtigsten Oppositionspartei gebracht. Daraus ergeben sich für die Linke beträchtliche Herausforderungen. Das erst Recht, weil die SPD nach ihrer Weichenstellung auf eine Große Koalition den Beschluss gefasst hat, die bisherige Ausgrenzung der Linken zu beenden und zukünftig eine Koalition mit ihr nicht mehr grundsätzlich auszuschließen. Da sowohl die SPD als auch die Grünen nun grundsätzlich als Koalitionspartner der CDU fungieren können, fällt der Linken eine Schlüsselrolle für eine alternative linke Parteienkoalition auf der parlamentarischen Ebene zu: Eine Neuauflage des gescheiterten Projekts Rot-Grün ist – wenn überhaupt – nur als Projekt „Rot-Rot-Grün“ denkbar.

Sowohl SPD als auch Grüne knüpfen an die Option einer parlamentarischen Zusammenarbeit mit der Linken harte Bedingungen. Koalitionspartner könne die Linke nur werden auf der Basis einer „verantwortungsvollen Außen- und Europapolitik im Rahmen internationaler Verpflichtungen“³⁵. Dieser Beschluss des Leipziger Parteitags der SPD zielt darauf, die Kräfteverhältnisse innerhalb der Linken in Bewegung zu bringen und jene zu stärken, die ihre Koalitions- und Regierungsfähigkeit im Sinne der genannten Forderung nachweisen wollen. Die Linke und nur die Linke soll sich ändern. Sie soll sich an die Europakonzeption des herrschenden Parteienblocks anpassen. Die anstehenden EU-Wahlen im Mai 2014 haben diese Debatte weiter zugespitzt. Diese Wahl könnte der Testlauf sein, in dem die Linke ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen darf. Daher werden in der Linken die Debatten um ihre politische Grundsatzzposition zur EU mit großer Schärfe geführt.

Gleich nach der BT-Wahl und bereits mit Blick auf die EU-Wahlen haben Peter Brandt, André Brie, Michael Brie und Frieder Otto Wolf in einem Beitrag³⁶ gefragt: „Wie können neue gesellschaftliche Kräfteverhältnisse linke Alternativen wieder auferstehen lassen? Kurzum: Wie kann ein neuer Crossover-Prozess ge-

³⁵ Zit. in: Neues Deutschland v. 20. 1. 2014.

³⁶ Peter Brandt/André Brie/Michael Brie/Frieder Otto Wolf: Für ein völlig neues Crossover, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2013, S. 59-68.

lingen?“ Und weiter: Die Linke „darf sich nicht nur als Protestpartei und parlamentarischer Korrektiv verstehen, sondern muss auch an einer Regierungsoption im Bund arbeiten, die einen Politikwechsel befördert“. Die Linkspartei sei gefordert, „sich nicht in ihrer ‚Alleinstellung‘ einzurichten“. Die gesamte Argumentation der Autoren ist ausschließlich auf die parlamentarische Ebene fixiert: Mit welchen Positionsveränderungen kann die Linke von SPD und Grünen als parlamentarischer Partner ernst genommen werden? Zwar wird auch an SPD und Grüne appelliert, sich zu ändern: Sie könnten nicht mehr „weiter verfahren wie bisher“. Aber diese Forderung ist ohne politische Substanz und Druckpotential, sie verlangt lediglich, die bisherige „Ausgrenzung gegenüber der Linkspartei zu beenden“. Folgerichtig könnte demnach die Wahl zum Europäischen Parlament „ein erster Test für das Bemühen von SPD, Grünen und Linkspartei um neue parteipolitische Ansätze werden, die jeweiligen Unterschiede respektieren und gleichzeitig neue Möglichkeiten der Kooperation ausloten.“ Um welche neuen politischen Ansätze es sich handeln könnte, bleibt vage. Durchaus zu Recht werden „die fortbestehende Niedriglohnpolitik sowie der bundesdeutsche Wirtschaftsnationalismus“ genannt. Da sich SPD und Grüne genau darauf aber mit den neuen Koalitionsbildungen intensiv eingelassen haben, wären konkrete Forderungen und Kritik an diese Parteien naheliegend gewesen. Die sucht man aber vergebens.

Stattdessen werden in weiteren Wortmeldungen Zugeständnisse an eben jene Europa- und Sicherheitspolitik gemacht, die die jetzige Bundesregierung unter einem SPD-Außenminister betreibt, dezidiert noch als die frühere, in der immerhin gelegentlich die außenpolitische Maxime der „militärischen Zurückhaltung“ galt. In einem gemeinsamen Papier haben der in der Linken einflussreiche Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich und die Grünen-Politikerin Agnieszka Brugger kürzlich geäußert, für sie seien „Auslandseinsätze der Bundeswehr ohne ein Mandat der Vereinten Nationen ausgeschlossen“³⁷. Im Klartext bedeutet das, dass Kampfeinsätze unter UN-Mandat toleriert werden können – eine Position, die das Programm der Linkspartei ausdrücklich ausschließt.

Dass die Fähigkeit der Linken, mit SPD und Grünen im Interesse einer linken parlamentarischen Konstellation zu kooperieren, keineswegs einen Kurs des Anbiedereis und des Verzichts auf linke Positionen voraussetzt, haben in der vergangenen Legislaturperiode die Linken in Nordrhein-Westfalen gezeigt und hat auch die

³⁷ Zit. in: Neues Deutschland v. 20. 1. 2014. Liebich ist in dieser Hinsicht kein unbeschriebenes Blatt. Er ist Mitglied im Verein „Atlantikbrücke“, einem elitären konservativen Zirkel, der als Bindeglied zwischen Politikern, Managern und Militärs aus Deutschland und den USA fungiert. Mitglied kann man nur „auf Einladung“ werden. Unter seiner Beteiligung entstand im Rahmen des Projekts „Elemente einer außenpolitischen Strategie“, das vom German Marshall Fund der USA und der Stiftung Wissenschaft und Politik zusammen mit weiteren Institutionen und Personen des politischen Establishments initiiert wurde, das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“. Darin heißt es u.a., die Bundeswehr müsse „weiterhin auf Einsätze jenseits von Europa vorbereitet bleiben“. Militärische Kampfeinsätze unter UN-Mandat werden befürwortet. Selbst die Positionen, in denen das Papier einen Dissens benennt, liegen weit außerhalb der politischen Programmatik der Linken. Sh. www.swp-berlin.org/.../DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf.

Linke in Hessen bewiesen, als es nach der Landtagswahl im September 2013 darum ging, eine mögliche Kooperation von SPD, Grünen und Linken auszuloten. Die hessische Linke zeigte sich hier flexibel und kreativ, zog allerdings zu Recht letzte Haltelinien, deren Überschreiten eine Kooperation sinnlos gemacht hätte.

In diesen Debatten wird eine Verengung auf die rein parlamentarische Ebene sichtbar. Es geht darum, durch welche politischen Zugeständnisse die Linke von SPD und Grünen als anschlussfähig angesehen werden könnte. Die Linke wird aber letztlich nur dann Einfluss gewinnen und dann auf der parlamentarischen Ebene auch von anderen politischen Kräften ernst genommen werden, wenn sie politische Aktionsfähigkeit entwickeln kann und in der Lage ist, die Hegemonie des herrschenden Blocks zu untergraben – so der Vorsitzende der Linken Bernd Riexinger³⁸. Im Mittelpunkt linker Politik müsse „die Handlungsmaxime stehen, die gesellschaftlichen Ursachen für Unzufriedenheit und Ängste herauszuarbeiten und für solidarische Alternativen zu streiten. ... Die europäischen Institutionen sind undemokratisch, die aufgedrückte Kürzungspolitik entmachtet die Parlamente, das Primat der Ökonomie höhlt die Demokratie aus – die Linke muss die Demokratie verteidigen und für ihre Ausweitung kämpfen“. Hegemonie, so stellt Riexinger zu recht fest, „wird nicht in erster Linie im Parlament verändert. Dort können sich veränderte Kräfteverhältnisse darstellen, und die Parlamentsarbeit kann eine nützliche Ressource sein ... Aber ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse können im Parlament keine wirklichen Erfolge erzielt werden.“

Die Konfliktfelder, auf denen die Linke – zusammen mit anderen sozialen Bewegungen – die Große Koalition unter Druck setzen, ihren Einfluss in Richtung auf einen demokratischen, sozialen und ökologischen Politikwechsel ausbauen und die politischen Kräfteverhältnisse verändern könnte, sind bekannt: Der Kampf um eine wirklich „neue Ordnung der Arbeit“ im Interesse der abhängig Beschäftigten, gegen Rüstungsexporte, gegen eine zunehmend militärisch flankierte Außenpolitik, für eine Energiewende, die nicht vom Konzernkapital diktiert wird, für mehr Klimaschutz, um nur einige Punkte zu nennen. Nur durch Veränderung der außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse könnten auch Voraussetzungen für neue parlamentarische Konstellationen entstehen, die der neo-liberalen Hegemonie Alternativen entgegensetzen in der Lage wären.

³⁸ Bernd Riexinger: Gespenst von links, in: junge Welt v. 7. 1. 2014.